



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

21.01.2021
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor**

Einzelplan **08** Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Freiwillige Transferleistungen
Buchungskreis: 2795

Förderproduktnummer 60
lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Arbeitswelt Hessen

<u>Leistungsplan:</u>	von	Veränderung um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	52.962,0	+ 15.000,0	67.962,0
Produktabgeltung	44.922,0	+ 15.000,0	59.922,0

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Mit der Corona-Pandemie sind trotz umfangreicher Unterstützungsprogramme wie der Kurzarbeit dennoch viele Arbeitsplätze verloren gegangen. Viele dieser zumeist prekären Beschäftigungsverhältnisse waren vor allem im Niedriglohnbereich angesiedelt, so dass die Krise erneut insbesondere sozial benachteiligte Gruppen hart getroffen hat. Diese können von öffentlich geförderter Beschäftigung profitieren.

In gemeinnützigen Sozialbetrieben werden deshalb unbefristete und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen, die zusätzlich zu Pflichtaufgaben und vorhandenen Stellen eingerichtet werden. Die Arbeitsplätze werden tariflich und existenzsichernd vergütet. Für alle Menschen in öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen werden zudem angemessene digitale Endgeräte bereitgestellt, um digitale Teilhabe auszubauen und Online-Teilnahmen an Weiterbildungen etc. für alle Teilnehmenden zu ermöglichen.

Erwerbslose müssen dabei freiwillig einen solchen Arbeitsplatz annehmen. Es dürfen keine Sanktionen ausgesprochen werden.

Ein Teil des Geldes wird zur Anschubfinanzierung und Infrastruktur den Sozialbetrieben zur Verfügung gestellt.

Wiesbaden, 21.01.21

Für die Fraktion
DIE LINKE
Die Fraktionsvorsitzende:

Janine Wissler